

Streit um harte Drogen: Forscher befürworten Eigenbedarfsregel für Kokain und Heroin

[Anne Brüning](#)

- 22.10.19, 19:50 Uhr

Die Berliner Grünen-Politikerin Catherina Pieroth will den Besitz kleiner Mengen der harten Drogen Heroin und Kokain erlauben

Berlin -

Entkriminalisieren oder hart durchgreifen? [Die drogenpolitische Sprecherin der Berliner Grünen, Catherina Pieroth, ist für die sanfte Methode. Sie hat gefordert, in der Stadt auch für Substanzen wie Kokain oder Heroin eine Eigenbedarfsregelung einzuführen, nach der kleine Mengen dieser Drogen straffrei bleiben sollen.](#) Die Grenze für den Eigenbedarf könne bei drei Gramm liegen, sagte die Politikerin dem Nachrichtenportal rbb24.

Eine ähnliche Regelung gibt es in Berlin bereits für Cannabis. Bis zu einer Grenze von 15 Gramm kann die Staatsanwaltschaft Strafverfahren einstellen. Pieroth möchte mit der Ausweitung der Eigenbedarfsregelung auf harte Drogen die Justiz entlasten und auf diese Weise Mittel für die Beratung und Aufklärung freisetzen. Ihr Vorstoß trifft in der Politik auf teils heftige Kritik, Forscher hingegen finden ein solches Vorgehen durchaus sinnvoll.

Harte Drogen, weiche Drogen

Mit „harten Drogen“ sind meist die Substanzgruppen der Opiode (also Substanzen wie Morphin aus dem Schlafmohn, das halbsynthetische Heroin und das vollsynthetische Methadon) gemeint, außerdem Kokain (aus den Blättern des Coca-Strauchs) und Stimulanzien wie Ecstasy, Amphetamin, Ritalin, MDMA, Chrystal Meth.

Experten sehen die Bezeichnung „harte Drogen“ als irreführend an, weil sie nahelegt, dass andere psychisch wirksame Substanzen wie Alkohol, Cannabis und Nikotin vergleichsweise „weich“ und damit unproblematischer sind. Denn auch diese Substanzen können starke Abhängigkeitserscheinungen sowie psychosoziale und medizinische Beeinträchtigungen zur Folge haben.

Unterschiede gibt es dennoch: So ist das Risiko für eine tödliche Überdosis bei Heroin und Opioiden sehr hoch, bei Alkohol hoch, bei Cannabis hingegen gibt es praktisch keines. Das körperliche Abhängigkeitspotenzial ist bei Heroin und Opioiden sehr hoch, bei Alkohol hoch, bei Cannabis kaum gegeben - etwa 5 bis 10 Prozent der Cannabiskonsumenten werden als abhängig eingestuft. Die psychische Abhängigkeit ist bei Heroin und Opioiden sehr hoch, bei Alkohol hoch und bei Cannabis wird sie als mittel bis hoch eingestuft.

Aber die Realisierungschancen sind offensichtlich gering: Pieroths Parteikollege, Justizsenator Dirk Behrendt, ließ wissen, dass er in der Koalition keine Mehrheit für die Idee sehe. Für die SPD teilte der gesundheitspolitische Sprecher Thomas Isenberg mit, dass man keine Diskussion über eine Ausweitung der Eigenbedarfsregelung führe. Sie stehe auch nicht im Koalitionsvertrag.

Schwachsinn oder sinnvolle Idee?

Klarer Widerspruch kommt von der CDU. Eine Eigenbedarfsregelung für Heroin und Kokain sei völlig indiskutabel, sagt der Landesvorsitzende Kai Wegner. Er befürchtet mehr Konsum, mehr Kriminalität und mehr gesundheitliches Elend. Der CDU-Vorsitzende Burkard Dregger bezeichnete die Idee gar als „tödlichem Schwachsinn“ und „drogenpolitischen Amoklauf“.

Und auch bei der Polizei ist man gegen einen soften Umgang mit Menschen, die im Besitz harter Drogen sind. „Im vergangenen Jahr hat der Konsum harter Drogen fast 200 Menschen in unserer Stadt das Leben gekostet. Nicht, weil sie von der Polizei kontrolliert und von der Justiz bestraft wurden, sondern weil sie lebensgefährliche Substanzen eingenommen haben“, sagt Benjamin Jendro, Sprecher des Berliner Landesbezirks der Gewerkschaft der Polizei. Nötig hingehen seien ernst gemeinte Präventionsarbeit und vollständige politische Rückendeckung der Polizeikollegen bei der Drogenbekämpfung.

Entkriminalisierung ist wichtig

Ganz anders bewerten Forscher wie Heino Stöver von der Frankfurt University of Applied Sciences den Sachverhalt. „Alles, was den Kriminalisierungsdruck von den Süchtigen nimmt, ist erstrebenswert“, betont der Professor für sozialwissenschaftliche Suchtforschung. Eine Eigenbedarfsregelung für Kokain und Heroin sei sehr sinnvoll. „Es geht um die Anerkennung der Realität. Diese Drogen werden nun einmal konsumiert. Wenn die Abhängigen in der Strafverfolgung oder im Strafvollzug landen, verschlimmert das deren Situation nur“, sagt er. Drogenabhängigkeit sei ein gesundheitliches Problem. Daher müsse ihr auch gesundheitspolitisch begegnet werden – mit Prävention, Beratung und Behandlung, mahnt der Experte.

Als gutes Beispiel für eine solche Strategie nennt er Portugal, wo bereits 2001 eine Eigenbedarfsregelung für alle Drogen eingeführt wurde. „Inzwischen ist dort der Anteil der Drogenabhängigen unter den Häftlingen stark zurückgegangen und nur noch halb so hoch wie im europäischen Durchschnitt“, sagt Stöver.

Prävention an allen Schulen gefordert

Etwas zurückhaltender ist man bei der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin. Man treffe keine politischen Aussagen, sagt Tina Hofmann, die dort im Leitungsteam und als Referentin tätig ist. Sie gibt aber zu bedenken, dass Schritte in Richtung Legalisierung – egal welcher Substanz - durchaus Vorteile haben. „Regulierung bietet die Chance für besseren Jugendschutz und Präventionsarbeit.“ Illegale Substanzen brächten nämlich stets eine Tabuisierung mit sich, die die Präventionsarbeit erschwerten. Aus fachlicher Sicht hält sie es ohnehin für notwendig, auch bei Substanzen wie Koks und Cannabis den Jugendschutz mehr in den Blick zu nehmen. „Bis ins junge Erwachsenenalter entwickelt sich das Gehirn noch und die Wirkung der Drogen ist besonders gravierend“, sagt Tina Hofmann. Deswegen solle das Einstiegsalter so hoch wie möglich gehalten und der Jugendschutz bis 18 Jahren durchgesetzt werden.

In der aktuellen Debatte über die Eigenbedarfsregelung verweist die Suchtexpertin außerdem auf die unterschiedliche Wirkung von harten Drogen wie Heroin und Kokain im Vergleich zu Cannabis. Substanzen wie Kokain wirkten leistungssteigernd, Cannabis dagegen entspannend und beruhigend. „Bei Kokain besteht die Gefahr, dass die Substanz zur Leistungssteigerung konsumiert wird, um den stressigen Alltag zu bewältigen, während Cannabis eher beruhigend

und entspannend wirkt“, sagt Tina Hofmann. Egal für welches Modell im Umgang mit Drogen sich die Politik entscheidet – ihr ist wichtig: „Die Prävention muss gestärkt werden.“ Für Schulen zum Beispiel gebe es zwar viele Angebote, verpflichtender Bestandteil des Lehrplans sei Prävention